

**Rede
des Fraktionssprechers für Kommunalpolitik**

Bernd Lynack, MdL

zu TOP Nr. 35/36

**„Die Landesregierung muss regelmäßig und
transparent aktuelle Zahlen zur Flüchtlingskrise zur
Verfügung stellen“**

**„Menschen in Not helfen, Zuwanderung ordnen und
steuern, Integration sichern!“**

während der Plenarsitzung vom 13.11.2015
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union,

sind Ihre Anträge auch nach dem 5. November noch ernst gemeint, oder hat Ihnen die Kanzlerin auch schon ihr „uneingeschränktes Vertrauen“ ausgesprochen?

Wenn nicht, könnte es bald an der Zeit sein. Ihre Anträge jedenfalls haben das Zeug dazu, in der Gemengelage zwischen Innenminister und Kanzleramt einen weiteren prominenten Platz zu belegen.

Wer dachte, dass nach dem Treffen der Koalitionäre vom 5. November Einigkeit in der Flüchtlingsbewegung besteht, wurde schon tags darauf enttäuscht.

Der Bundesinnenminister, der noch vor rund einem Jahr den Schutz für syrische Flüchtlinge großzügig erweitern wollte, hat seine Meinung mal wieder über Nacht geändert.

Eigentlich nichts Neues. Schon im letzten Monat mussten wir erleben, wie schnell Herr de Maizière seine Meinung ändern kann.

Ach ja, und die Dublin-Verordnung hat er auch wieder in Kraft gesetzt. Ohne Kenntnis der Kanzlerin!

Egal. Der Minister hat ja das „uneingeschränkte Vertrauen“ der Kanzlerin, die ihr "wir schaffen das", jedenfalls noch nicht zurückgenommen hat.

Donnerwetter! Das nenn ich freie Interpretation der Richtlinienkompetenz à la CDU!

Wie dem auch sei. Parallelen zu den Anträgen der Union sind eindeutig. Erst letzte Woche haben wir die Spitzen Ihrer Partei endlich davon überzeugen können, auf Transitzone zu verzichten, und schon heute wollen Sie das hier als Ihren Erfolg verkaufen.

Das ist abenteuerlich!

Ist die niedersächsische CDU jetzt das gallische Dorf der Union, oder haben Sie schlichtweg noch „Luft nach oben“ in der internen Abstimmung?

Die Anträge wirken als neuer, hilfloser Versuch, den eigenen „roten Faden“ irgendwo zwischen Herrn Seehofer, Frau Petry, Herrn Höcke und der Kanzlerin endlich wiederzufinden.

Schade! Ich hatte gehofft, dass es den meisten hier um sachorientierte, humanitäre Lösungen geht. Aber da war wohl nur der Wunsch der Vater meiner Gedanken.

Guten Morgen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

Die Landesregierung stellt - wie eh und je - regelmäßig aktuelle Zahlen rund um das Thema Flüchtlinge, Asyl und Unterbringung zur Verfügung. Der Innenminister hat das hier heute Morgen im Plenum auch nochmal untermauert.

Auch Anfragen der Opposition in den zuständigen Fachausschüssen werden regelmäßig beantwortet. Dieses Anliegen als Forderung in Antragsform mit zwei Beratungen im Plenum und in die Fachausschüsse zu bringen, ist populistisch. Diesen Aufwand hätten sie besser zur Erarbeitung konstruktiver Lösungen nutzen sollen!

Die meisten Forderungen haben sich bereits durch den Kompromiss der Koalitionäre vom 5. November überholt.

Ich habe deshalb die Hoffnung, dass wir bei den Beratungen wenigstens etwas Zeit aufholen können.

Die Einführung besonderer Aufnahmeeinrichtungen in Anlehnung an das Flughafenverfahren haben die Berliner Koalitionäre bereits vereinbart. Das soll umgesetzt werden. Das hat auch der Innenminister hier im Plenum bestätigt.

Einheitliche Flüchtlingsausweise und Datenerfassung sind bereits auf Bundesebene vereinbart.

Ebenso die Residenzpflicht, veränderte Rahmenbedingungen für die Leistungsgewährung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Rückführung abgelehnter Asylbewerberinnen und -bewerber.

Genau erklären müssen Sie noch, wie eine Strafverfolgung wegen illegalen Grenzübertritts durchgesetzt werden soll.

Solange Frau Merkel hoffentlich weiter dazu steht, unsere Grenzen für Flüchtlinge nicht zu schließen, sehe ich wenig Sinn in dieser Forderung.

Aber bitte – vielleicht erklären sie das ja noch in den Ausschussberatungen.

Meine Damen und Herren,

es wäre hilfreich für die gesamte öffentliche Debatte, wenn die ständigen Verweise auf "sichere Herkunftsstaaten" als Allheilmittel zur Lösung der Flüchtlingsbewegung etwas weniger inflationär eingesetzt werden könnten.

Sie wissen genau so gut wie wir, dass diese Gruppe lediglich einen Bruchteil der aktuellen Zahlen ausmacht.

Wiederholen sie lieber wie wichtig es ist, die Kapazitäten des BAMF endlich zu erhöhen. Nur wenn diese Behörde endlich "rund läuft", entspannt sich die Lage vor Ort.

Dafür sollte Herr de Maizière seine Energie einsetzen, anstatt für eigene Wünsche ständig die ganze Berliner Koalition zu strapazieren.

Ein guter Ansatz ist ihre Forderung zur schnellen Nachregistrierung. Ich bin da ganz bei Ihnen, dass hier jede Hilfe willkommen und notwendig ist.

Das Innenministerium hat den Kommunen bereits vor Wochen angeboten, Notunterkünfte im Auftrag des Landes selbst zu betreiben und in diesem Zuge die Registrierung voranzubringen.

Trotz der zugesagten vollen Kostenerstattung wird hiervon leider nur sehr zaghaft Gebrauch gemacht.

Sie sind sicher bei mir, dass wir dafür bei unseren Kolleginnen und Kollegen auf kommunaler Ebene weiter werben müssen.

Der Hamelner Landrat Tjark Bartels hat in vorbildlicher Art und Weise gezeigt, wie gut es funktionieren kann, wenn alle staatlichen Ebenen ihre Kräfte bündeln.

Apropos Kräfte bündeln: Im Hamelner Kreistag ist es gelungen, dass alle politischen Kräfte in dieser Frage an einem Strang ziehen!

Ich kann hier nicht auf alle Punkte der Anträge eingehen.

Deshalb beschränke ich mich zum Schluss auf ein Zitat aus der Begründung der Drucksache 17/4517:

"Weiterhin ist sie (die Landesregierung) aufgefordert, das geltende Recht anzuwenden und durchzusetzen."

Meine Damen und Herren, das ist unverschämt!

Ein plumper Versuch zu suggerieren, dass die Landesregierung vorsätzlich gegen geltendes Recht verstößt. Schauen Sie lieber in Richtung Berlin. Herr Focke hat doch dazu der Kanzlerin geschrieben.

Solche Aussagen werden ihnen keine zusätzlichen Stimmen bringen.

Im Gegenteil. Profitieren werden - wenn überhaupt - leider nur andere.

Anrede,

die Anträge machen deutlich, dass die Union uneins ist. Der Stachel sitzt tief, dass sie sich bei der Einrichtung von Transitzenen nicht durchsetzen konnte.

Vielleicht waren auch die Rufe aus der gallischen - pardon - niedersächsischen CDU noch nicht laut genug für die Kanzlerin, um Ihnen Ihr „uneingeschränktes Vertrauen“ auszusprechen.

Seien sie bitte nicht zu enttäuscht. Am fehlenden Populismus kann es jedenfalls nicht gelegen haben.

Herzlichen Dank!